97-84227-18

Kranold, Herman

Sozialisierung: warum? was? wie? wann?

[Berlin?]

[1919?]

97-84227-18
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

Kranold, Herman
Sozialisierung: warum? was? wie? wann?
[Berlin? 1919?]
16 p., 23 cm.

Sonderabdruck aus der Chemnitzer Volksstimme

1. Government ownership.

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 10-31-97 INITIALS: PB

TRACKING # : 28947

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.



SOCIALISIERUNGS FRAGEN

69

Herman Kranold

Sozialisierung:

Warum
Was
Wie
Wann



Warum sozialisieren wir?

Sozialisierung ist keine allgemeine Teilerei. Sozialisierung ist nicht darin zu sehen, daß dem, der viel hat, alles genommen wird, damit es dem gegeben werden könne, der nichts hat. Die Geschichte von Baron Rotschild, der einem Arbeiter, der ihn zwingen wollte, mit ihm zu teilen, einen Franken reichte und sagte: 38 Millionen Franken habe ich, 38 Millionen Einwohner hat Frankreich, also ist 1 Frank dein Teil — diese Geschichte war zwar, als sie vor vierzig Jahren zum erstenmal die „Fliegenden Blätter" zierte, ganz nett, ihre ewige Wiederholung aber macht sie geradezu blöde. Sozialismus ist nicht mechanische Verteilung aller Güter nach dem Grundsatz der Gleichheit unter alle Menschen, sondern Sozialismus besteht in einer Beschränkung der freien Verfügung über das Privateigentum, soweit sie durch höhere allgemeine Interessen geboten ist; dabei wird sich freilich ergeben, daß die nächste Generation in den Formen ungefährer Vermögensgleichheit lebt; denn die Einschränkung der freien Verfügung über das Privateigentum wird sich in erster Linie in der Aufhebung oder doch nahezu völligen Aufhebung des Erbrechts äußern; aber unter den Menschen, die in Ungleichheit bereits aufgewachsen sind, von einer bestimmten Minute an Gleichheit durchzuführen in allen Vermögensfragen, so wie man auf Grund behördlichen Erlasses von einer bestimmten Minute an die Sommerszeit einführt, davon ist gar keine Rede. Vorläufig, d. h. bis zur Durchführung der allgemeinen Enterbung des Nachwuchses, wird sich die Sozialisierung vielmehr auf einzelne staatliche Enteignungsaktionen beschränken unter Gewährung voller Entschädigung an die Enteigneten, und diese Enteignung wird ihre Objekte wieder nach ganz besonderen Grundsätzen auszuwählen haben.

In erster Linie wird sich die Auswahl der Zweige der Volkswirtschaft, die in nächster Zeit sozialisiert werden, nach dem Gesichtspunkt regeln müssen, daß Produktivität des Wirtschaftens auf absehbare Zeit ganz und gar im Vordergrund unserer Wirtschaftspolitik stehen soll. Diese Produktivität des Wirtschaftens darf freilich nicht durchgedrückt werden auf Kosten der Volkskraft, weil das ein falsches System wäre, das schließlich wegen des Raubbaus an der Arbeitskraft erst recht zu schwerem Schaden führen müßte. Deshalb darf man z. B. die Produktivität unseres Wirt-

schaftens nicht steigern wollen durch Wiederabschaffung des Achtstundentages, der, weil er Menschen schont, gerade eine Forderung der Produktivität ist, wohl aber gibt es eine ganze Anzahl Zweige der Volkswirtschaft, die in ihrer bisherigen kapitalistischen Form **ungeheure überflüssige Unkosten** machen. Das regulierende Prinzip der kapitalistischen Gesellschaft war ja der freie Wettbewerb, der Kampf aller gegen alle und das Überleben desjenigen, der die Verschwendung, die mit dem Konkurrenzkampf verbunden war, am längsten aushalten konnte. Nicht derjenige Rasierapparat behielt die Oberhand, der der beste war, sondern derjenige, für den in Form von Plakaten und Annoncen, von Lichtbildern, Prospekten und augenfälligen Packungen am meisten und nachhaltigsten Reklame gemacht wurde. Von dem verstorbenen Kommerzienrat Lingner wird eine hübsche Geschichte erzählt, die vielleicht nicht wahr, aber sehr lehrreich ist. Er führte einen Bekannten durch seine Odolfabrik und zeigte ihm ein großes Gebäude: „Da machen wir die Flaschen" und ebenso zeigte er große Fabrikgebäude für den Druck von Plakaten, für die Herstellung von Packungen, für die Fabrikation der Reklamegläser usw. Schließlich sah der Besucher auch neben diesen monumentalen Industriegebäuden ein kleines, bescheidenes einstöckiges Häuschen und fragte, wozu das diene. Darauf Lingner mit einer leichten Handbewegung: „Da?, da machen wir das Odol."

Das ist ein kleines, aber bezeichnendes Beispiel für die ungeheure Verschwendung, mit der der Kapitalismus arbeitet. Demgegenüber wird der Sozialismus die Erzeugung nicht nach den Absatzbedürfnissen des einzelnen Produzenten oder Händlers, nach den Verdienstwünschen des Landwirts oder Fabrikanten richten, sondern **nach dem Bedarf**. Er strebt hin auf Vereinheitlichung aller spielerischen Vielfältigkeit. Es ist vollkommen überflüssig, daß wir in Deutschland für jede Stärke von Motoren 10, 15, ja 20 Konstruktionen im Betrieb haben, die im schärfsten Wettbewerb miteinander auf dem Markt erscheinen. Eine **einzige Konstruktion**, dafür aber restlos zu Ende gedacht, von den zufälligen Fehlern des Erfindertums freier, würde uns ein ungeheures Stück vorwärts bringen — aber freilich, der Unternehmer, der bisher seinen Gewinn dadurch machte, daß er einen überflüssigen neuen Typus von Motor herstellen ließ und unter Aufwand riesiger Reklame bei den Abnehmern einführte, der würde profitlos dabei ausgehen; und der Sozialismus würde allerdings solche Profitlosigkeit ohne Bedauern sehen. Denn gerade, daß der Fabrikant in solchem Falle in der Lage war, einen Gewinn zu machen, bedeutete Verschleuderung von Volksvermögen und Volksarbeitskraft und darf nicht geduldet werden, wenn in Zukunft der Grundsatz, daß das Wohl aller dem Gewinn des einen vorangeht, nicht bloß guten Klang, sondern praktische Geltung haben soll.

Eine Reihe anderer Zweige der Volkswirtschaft wird man sozialisieren, weil sie sich als **besonders gefährlich für die elementarsten Menschenrechte** erwiesen haben. Dahin gehört z. B. alle **Herstellung von Kriegsbedarf**. Hätten wir schon vor zehn Jahren die

Verstaatlichung der Munitionsfabriken, der Kanonenwerkstätten, der Panzerplattenschmieden, der Werften für den Kriegsschiffbau durchsetzen können, so wäre es wahrscheinlich niemals zum Krieg gekommen, denn dann hätte sich nicht zwischen den Völkern Europas jene wütende Hetze breitmachen können, die, wie in der sozialdemokratischen Presse sattsam nachgewiesen ist, mit den Geldern des Kanonenkapitals sorgsam gespeist wurde und die am Zusammenbruch des Weltfriedens in allererster Linie schuldig ist. Man darf aber die Bedrohung der Menschenrechte durch die Macht des privaten Kapitals nicht zu eng fassen. Man muß sich darüber klar sein, daß der Großgrundbesitz, daß die Zusammenballung großer Finanzkapitalien in wenigen Händen Tausende und aber Tausende von Menschen unfrei und abhängig macht und daß an der Verknechtung der Menschen, die auf allen Gebieten des Lebens bis zur Revolution bestand, dieses Großkapitalistentum in allererster Linie schuld war. Schon aus diesem Grunde wird jeder, der für den sittlichen Wert freier Selbstbestimmung des Menschen ein Gefühl hat, gern die Hand dazu bieten, daß alle Zweige der Volkswirtschaft, da sie ohne Schaden für die Produktivität sofort in die Verwaltung der Allgemeinheit übergeführt werden können, in die sie auch tatsächlich übernommen werden. Der alte Staat hat sich ja einzelner solcher Aktionen, obwohl er doch ganz gewiß nicht von Sozialisten regiert wurde, nicht enthalten können. Schon vor dem Krieg, seit der Verstaatlichung der Eisenbahn, folgte in Deutschland ein Gesetz dem andern, in dem der Staat entweder lebenswichtige Zweige der Volkswirtschaft enteignete und seiner Verfügungsgewalt unterstellte oder sie doch wenigstens unter die allerschärfste öffentliche Kontrolle nahm, und wohin wir im Ausland blicken, in Frankreich, in England, in Italien, in Rußland, in Österreich-Ungarn usw., überall finden wir schon vor dem Kriege das gleiche Bild, daß Verstaatlichungsmaßnahmen, die zwar keineswegs sozialistisch gedacht waren, die aber ganz und gar sozialistisch wirken, immer häufiger zur Durchführung gelangten. Schon damals steuerte der Kapitalismus mit vollen Segeln völliger Anarchie und gleichzeitig völliger Knechtung entgegen, und den einzelnen Staaten, wenn sie überhaupt bestehen bleiben wollten, blieb gar nichts weiter übrig, als zu versuchen, sich zu sozialisieren.

So steht es auch jetzt. Deutschland wird entweder gerettet werden — das kann es nur durch eine gründliche Beschneidung des privatwirtschaftlichen Egoismus — oder es wird zugrundegehen, weil es ihm nicht gelingt, das Gemeinwohl tatkräftig zum Sieg über private Interessen zu führen. Darum müssen wir sozialisieren, weil der letzte Rest menschlicher Freiheit auf dem Spiele steht, der durch das alte Regime auch schon beinahe mit dem Tode bedroht war und der durch eine bloß politische Revolution höchstens eine kurze Galgenfrist erlangen kann, und weil wir alle Kräfte der Volkswirtschaft, alles Schaffen und alles Verbrauchen dem Wohl des Volksganzen dienstbar machen müssen, wenn nicht die politische Revolution in wirtschaftlichem Untergang enden soll.

Was sozialisieren wir?

Wenn man sich darüber klar geworden ist, daß aus Gründen der Gerechtigkeit, aus Sorge um die Verwirklichung des Hochmaßes menschlicher Freiheit und aus Streben nach Steigerung der Produktivität des menschlichen Wirtschaftens die unabweisbare Einsicht sich ergibt, daß sozialisiert werden muß, daß an Stelle des losgelassenen Einzelinteresses des Kapitalisten-Gesellschaftsmitgliedes als ordnendes Prinzip der menschlichen Gesellschaft die Einschränkung der individuellen Wirtschaftsfreiheit durch die Rücksicht auf das Gedeihen des Volksganzen treten muß, so wird man sich fragen, welche Zweige der Volkswirtschaft denn sozialisiert werden können. Und zwar wird man da grundsätzlich keinen Zweig der Volkswirtschaft von dieser Untersuchung ausschließen, und vor allem wird man den Verbrauch im weitesten Sinne von dieser Untersuchung nicht ausschließen. Man wird sich vielmehr der Tatsache erinnern, daß in Konsumvereinen, Genossenschaften usw. ein großer Teil der Arbeiterschaft und ein nicht geringer Teil der Bourgeoisie, obwohl letzterer gewiß allen sozialistischen Tendenzen bisher ganz fern stand, die Ernährung, die Kleidung, die Wohnung, also die Deckung des lebenswichtigsten [illegible] sozialisiert hatten [illegible] genossenschaftliche Organisation [illegible] sich an die ungeheure Sozialisierung des Arbeitsverhältnisses [illegible] Wirken der Gewerkschaften [illegible] und Streiks, durch [illegible] die Lohnsätze und durch Tarifverträge erinnern. Und wenn [illegible] oder die Gewerkschaften [illegible] für die letzteren [illegible] der Kommunistischen Partei [illegible], aber Gott sei Dank bisher ohne nennenswerten Erfolg versuchen, so wird der sozialistisch denkende Deutsche auf diesen Leim nicht kriechen, sondern einsehen, daß hier unter der Schutzmaske der alleinseligmachenden Sorte Sozialismus versucht wird, ein großes Stück objektiver Sozialisierung zu vernichten; und er wird wieder an diesem Beispiel sehen, daß eine bourgeoise, eine kapitalistische Welt- und Wirtschaftsauffassung alle Elemente in sich trägt, mit deren Hilfe sie selbst überwunden werden kann und muß.

Sozialisiert werden muß aber nicht der Verbrauch **allein**; vielmehr wird gerade bei ihm, bei der Ausgestaltung der häuslichen und öffentlichen Lebenshaltung, immer, auch in einer sozialistischen Wirtschafts- und Lebensordnung, ein Rest bleiben, bei dem höchste Ausbildung des Individualismus eine regelrechte Konsequenz der sozialistischen Lebensordnung sein wird: wir meinen das Gebiet der Liebe und das der geistigen Kultur. Aber selbst vollkommenste Sozialisierung des Verbrauchs der Wirtschaftsgüter, für sich genommen, könnte uns nicht retten vor den tödlichen Wirkungen, vor der himmelschreienden Ungerechtigkeit, vor der Versklavung, die ein Fortbestehen der kapitalistischen Wirtschaftsweise im Bereich der Produktion haben müßte. Da, bei der Erzeugung der verbrauchten Güter, bei der Festlegung der verfügbaren Rohstoffe, und bei der transportmäßigen Verbreitung der Erzeugnisse über das Absatzgebiet, gilt es entscheidend mit sozialisierenden Maßnahmen einzugreifen, wenn ein Erfolg erzielt werden soll, wenn Gerechtigkeit verwirklicht, Freiheit gewährleistet und Sicherheit vor dem Massen-Hungerstod erreicht werden soll.

In erster Linie gilt es, das Herausholen der Rohstoffe aus dem Erdboden und aus der Luft soweit zu sozialisieren, wie irgend möglich. Daher muß die organisierte Gesellschaft der Volksgenossen, einerlei, ob man sie nun künftig „Staat" nennen will oder nicht, zum obersten Herrn über das Ausgraben aller Kohlen, aller Erze, aller Salze, über das Brechen aller Steine und das Ausschöpfen aller brennbaren Öle aus dem Erdboden gemacht werden. Daß diese Zweige der Volkswirtschaft sozialisierbar sind, ja daß ein brennendes Interesse daran besteht, sie der Willkür des auf eigene Faust wirtschaftenden Kapitals zu entziehen, das haben auch bürgerliche Regierungen und weiteste Kreise des Bürgertums in allen Parteien längst eingesehen. Es ist oft genug vorgekommen, daß in ihrer Konkurrenzwut die Kapitalisten im Bereich ihrer Erzeugung eine solche Anarchie und eine solche Überproduktion erzeugt haben, daß sie sich von selbst zu großen Verbänden zusammenschlossen, in denen sie die angeblich so „unentbehrliche" Entschlußfreiheit des Unternehmers vollkommen aufgehoben zugunsten einer besseren Rentabilität des ganzen Gewerbes. Die Kartelle, Syndikate und Trusts sind riesenhafte Zeugen dieses Bankrotts des kapitalistischen Privatwirtschaftens, und das deutsche Kaligesetz ist ein weithin sichtbares Denkmal dafür, daß schließlich und endlich sogar freiwillige Selbstbeschränkung der kapitalistischen Unternehmer nicht hinreicht, um die letzten Endes auch für jeden einzelnen Unternehmer tödlichen Wirkungen fessselloser privater Konkurrenz zu vermeiden. Im Kalibergbau waren wir soweit, daß auch die Gründung des Kalisyndikats den vollkommenen Bankrott des Kalibergbaues nicht verhindern konnte und daß die Macht des Reiches eingreifen mußte, um durch tiefeinschneidende Beschränkungen der Unter-

nehmerwillkür, durch Preisfestsetzungen für die Erzeugnisse, durch Lohnvorschriften, durch Kontingentierung der Absatzgebiete, kurzum durch völlige Abschaffung der freien Entschließung des Unternehmers, dieses Gewerbe noch gerade im letzten Augenblick vor dem Untergang zu retten. **Daß der Staat imstande ist, Bergbau jederzeit zu treiben,** hat er in Deutschland und vielen anderen Ländern an Kohlen, Steinsalz und Kalisalzen wieder und wieder bewiesen, und selbst das zaristische Rußland hat mit dem staatlichen Betrieb von Erzbergwerken trotz der Beamtenmißwirtschaft, die ihm klebrig anhaftete, außerordentliche Erfolge erzielt. In dieselbe Linie gehört auch die Gewinnung von Stickstoffverbindungen als Rohstoff für Kunstdünger und Munition aus der Luft, wie sie der Staat während des Kriegs im größten Maße organisiert hat.

Ganz nahe an diese Rohstoffgewinnung aus Erdboden und Luft, kommt die Gewinnung der in der Industrie erforderlichen elektrischen Kraft heran. Auch da hat niemand einen Zweifel, daß eine wirklich sparsame und gleichzeitig den nützlichen Verbrauch fördernde Erzeugung nur Sache der organisierten Volksmacht sein kann. Daher hat sich denn auch schon der kapitalistische Staat mit diesem System vollkommen abgefunden, ja er hat in manchen Bundesstaaten, z. B. in Deutschland, geradezu die Initiative dazu ergriffen. Und ebenso steht's mit der Forstwirtschaft. Zwar ist noch ein beträchtlicher Teil der deutschen Wälder in der Hand von Privatpersonen, aber gerade auf diesem Gebiete hat die praktische Erfahrung gelehrt, daß nur der Staat imstande ist, wirklich rationell zu wirtschaften, und deshalb ist Sozialisierung und Forstwirtschaft ein dringendes Gebot der Stunde, genau so dringend, wie die Gewinnung von Kraft aus dem Wasser und von Rohstoffen aus der Luft und aus dem Erdboden.

Schließlich gehört in das Reich der Erzeugung, das sozialisiert werden muß, auch noch die Landwirtschaft. Auch sie kann nicht völlig sich selbst überlassen werden, sondern muß sozialen Gesichtspunkten im Interesse der Volksgesamtheit sich beugen. Gerade hier wird es freilich sehr schwierig sein, eine Form zu finden, die den gewollten Erfolg der Sozialisierung sicherstellt, denn in der Landwirtschaft ist es noch schwieriger, als in der Industrie, die Initiative des einzelnen, den Unternehmungsgeist, die Unternehmungssorgfalt, die zum erfolgreichen Wirtschaften nun einmal gehören, sicherzustellen. Diese Schwierigkeit ist aber dazu da, um überwunden zu werden — die Wege, sie zu überwinden, sind bereits entdeckt und brauchen nicht erst gesucht zu werden.

Ein Gebiet, auf dem die Sozialisierung bereits in weitem Maße um sich gegriffen hat, ist das des Transportes. Die Eisenbahnen und ein großer Teil der Kanalschiffahrt liegen bereits in der Hand des Staates, und nach den Erfahrungen, die während des Krieges gemacht sind, ist kein Grund vorhanden, den noch privaten Teil der Binnenschiffahrt, die überseeische Schiffahrt und den Schiffsbau, sowie den Bau von Waggons und Lokomotiven künftighin noch der privaten Unternehmerwirtschaft zu überlassen. Ist es doch staatlich organisierter Schiffsbau und staatlich kontrollierte Schiffahrt gewesen, die unsere Feinde befähigt haben, uns zu besiegen.

Auch der Großhandel ist während des Krieges als sozialisierbar erkannt worden. Nachdem schon früher von konservativer Seite versucht worden war, ein Handelsmonopol für den Großhandel mit Getreide zu schaffen, ist während des Krieges der Handel mit zahllosen volkswirtschaftlichen Erzeugnissen vergesellschaftet worden — in verschiedenen Formen und unter Zahlung von mancherlei Lehrgeld, aber im Prinzip doch mit glänzendem Gelingen. In dasselbe Gebiet gehört auch der bisher noch der privaten Unternehmungslust überlassene Teil des Versicherungswesens. Musterbeispiele der Sozialisierung auf diesem Gebiete liefert das Ausland, wie z. B. Italien, mit seinem seit Jahren bestehenden Versicherungsmonopol für Leben, gegen Brandschäden, gegen Diebstahl usw., liefert in Deutschland Württemberg mit seiner staatlichen Hagelversicherung, liefert vor allen Dingen die Versicherung der Gesundheit der Arbeiter und Angestellten durch den Staat und die dadurch zur Hälfte bereits vollendete Sozialisierung der ärztlichen Versorgung.

Das alles kann sozialisiert werden, und zwar ohne daß aus dieser Sozialisierung unüberwindliche Schwierigkeiten oder schwere Schäden sich ergeben würden. Das alles ist bereits mit glänzendem Erfolg praktisch erprobt, und darum fordern wir Sozialisten, daß das, was sich im einzelnen so gut bewährt hat, auch im ganzen durchgeführt werde, ohne Aufschub, ohne kleinliche Rücksichten und mit voller Kraft, um der Gerechtigkeit, um der Steigerung der Produktivität und um der Sicherung der menschlichen Freiheit willen!



Wie sozialisieren wir?

Noch immer herrscht eine förmliche Angst vor der Sozialisierung. Gerade in den Kreisen des kleinen Bürgertums der Städte und in der ländlichen Bevölkerung hat sie sich Platz gegriffen. Von den bourgeoisen Parteien wurde sie mit verschiedener Taktik, aber mit demselben praktischen Ziel zu einer raffinierten Wahlhetze ausgebeutet, damit Stimmenfang im großen damit getrieben werden konnte. Dagegen hilft nur eins: zu zeigen, daß die Sozialisierung niemandem wirtschaftlichen Ruin und Elend für den Rest seiner Jahre zu bringen braucht, daß sie zwar um des Ganzen willen ungeniert die Starken bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet, die schwachen Existenzen aber schont. Kann das gezeigt werden?

Jawohl! Denn zunächst wird es niemandem einfallen, die Sozialisierung der wichtigsten Volkswirtschaftszweige ohne Entschädigung für die wohlerworbenen Rechte der bisherigen Besitzer der Produktionsmittel, Transportmittel, Absatzorganisationen usw. durchzuführen. Vielmehr wird den Besitzern der fortzunehmenden Dinge und Rechte dafür in Form von Rentenansprüchen an die staatliche Gemeinschaft Entschädigung zuzubilligen sein. In dieser Beziehung unterscheidet sich der sozialistische Staat sehr zu seinem Vorteil vom kapitalistischen System. Im System des Kapitalismus wurde oft genug der Schwächere vom Stärkeren niedergekämpft, und ihm wurde alles genommen, was er hatte. Aber niemand fiel es ein, ihn dafür zu entschädigen. Nie ist es einem Großkaufmann in den Sinn gekommen, er sei verpflichtet, den Außenseiter, den er niedergerungen habe, schadlos zu halten. Expropriation im großen Stil und ohne Entschädigung war das Merkmal des Kapitalismus, und es gibt schließlich schlechterdings kaum [illegible] Unterschied zwischen der alten und der neuen [illegible] als eben den, daß nicht mehr der private Konkurrent seinen [illegible] [illegible] der Staat zwar zwangsweise wegnimmt, aber [illegible] Schadloshaltung gewährt. Damit ist nun allerdings [illegible] daß die Rentenverpflichtungen der staatlichen Gemeinschaft an die bisherigen Inhaber der Produktionsmittel usw. von ewiger Dauer sein sollen. Wie alles Vermögen wird auch dieses einer Besteuerung unterworfen werden, die sich zum Ziele setzt, dem Arbeitsfähigen arbeitslose Existenz unmöglich zu machen. Dabei wird natürlich dafür zu sorgen sein, daß der arbeitsunfähige bisherige Kapitalseigner nicht verhungern darf.

Des weiteren wird darauf zu achten sein, daß die Sozialisierung sich nicht in eine Konfiskation verwandelt. Es handelt sich nicht darum, den Besitz an sich zu beseitigen, sondern es handelt sich nur darum, zunächst einmal die lebenswichtigsten **Funktionen der Gesellschaft unter die maßgebende**, an den Grundsätzen des Allgemeinwohls orientierte **Kontrolle der Volksgemeinschaft** zu stellen. Damit diese Kontrolle wirksam sei, ist es freilich erforderlich, die eigentlich kapitalistischen Formen des Besitzes aufzuheben, es ist aber keineswegs nötig, ja, es würde einen großen Schaden und eine unerträgliche Schikane bedeuten, wenn nun alles Privateigentum überhaupt mit einem Schlage vom Erdboden verschwinden würde. Im allgemeinen wird darauf zu bestehen sein, daß es in jedem Zweige der Volkswirtschaft eine Grenze gibt, unterhalb deren der Besitz der Produktionsmittel mit dem Arbeitersein selbst zusammenfällt. Unterhalb dieser Grenze genügt es, **die Rechte, die aus dem Privateigentum erwachsen, einzuschränken**, wo und soweit sie sich der Allgemeinheit schädlich erweisen. So wird z. B. die Sozialisierung der Landwirtschaft nicht darin bestehen, daß man allen Grund und Boden fortnimmt und ihn auf Rechnung des Staates von gemieteten Arbeitern bearbeiten läßt, sondern es wird zu unterscheiden sein: 1. Zerschlagung aller Betriebe, die über eine Bodenfläche hinausgehen, wie sie von der bäuerlichen Familie ohne dauernde Zuhilfenahme wesentlicher gemieteter Kräfte noch bearbeitet werden kann, und Besiedlung der gewonnenen Teilstücke mit neuen Bauernfamilien; 2. Ersetzung des Privateigentums an Grund und Boden durch das Erbpachtrecht, so daß das Spekulieren mit landwirtschaftlichem Boden, das Einstreichen nicht durch eigene Arbeit erworbener Gewinne, die der allgemeinen volkswirtschaftlichen Konjunktur zu danken sind, und ähnliche Dinge, die im kapitalistischen Staat die kleine Landwirtschaft an den Rand des [illegible] gebracht haben, unmöglich sind; 3. pflichtmäßige Organisation aller landwirtschaftlichen Erzeuger in Genossenschaften, die die Leistungsfähigkeit der Betriebe kontrollieren und steigern, gemeinsame Maschinenhaltung ermöglichen usw.; 4. staatliche Kontrolle der Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte; 5. Beseitigung des Privatzwischenhandels zwischen den Verbrauchern und Erzeugern landwirtschaftlicher Produkte und der aus seiner Tätigkeit entspringenden Verteuerung.

Auch in dieser Beziehung also Schonung der Kleinen, je nach der Lage der Dinge in den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft. Das ist eine wichtige Seite der Sozialisierung, und wer sie recht bedenkt, der wird die Angst vor der Sozialisierung mehr und mehr verlieren. Insbesondere wird der Bauer und der Landarbeiter, wenn er diese Dinge sich gut überlegt, erkennen, daß ihm der Sozialismus immer fälschlich unter der Gestalt jenes indischen Götterwagens von Dschaggernaut gezeigt worden ist, der, eine riesige Pagode tragend, vor der ein fetter vergoldeter Götze thront, und von vier riesenhaften Elefanten gezogen, alles zerstampft und zermalmt, was ihm begegnet, insbesondere die Menschen, die in abgöttischer Verzückung sich als Teppich auf den Weg des Wagens werfen. So sieht

angeblich auch der Sozialismus aus. Einem ideal gleißenden Götzen sollen zahllose Menschen in blinder Begeisterung sich opfern, und blind wie Elefanten sollen die Ereignisse der Revolution blühendes Leben knicken und zerstampfen. So ist es nicht, und wenn man schon aus dem Kreise der indischen Religion einen Vergleich für den Sozialismus herbeiholen will, so mag es der große Buddha sein, der mit leichter Hand die Schuld der Menschen hinwegwischt und ihre Sorgenfalten glättet, der aber den, der ihm in den helfenden Arm fällt, unerbittlich fortstößt in den Abgrund ewigen Vergessens.

Bei der Sozialisierung werden wir uns nicht ängstlich auf die eine Form der Verstaatlichung allein festlegen. Die Bildung von Produktivgenossenschaften, von Absatzgenossenschaften, von Verbrauchergenossenschaften, die Beteiligung der Gemeinden und größerer Kommunalverbände am Besitz und an der Kontrolle der Produktionsmittel, alles das kann abwechselnd angewendet werden, und es ist eine Frage der Technik und nicht des Prinzips, welche von diesen Formen angewendet wird, solange es sicher ist, daß eine Gemeinde, ein Kommunalverband, eine Genossenschaft nicht infolge Mangels an Kontrolle übergehen in eine neue Form kapitalistischer Ausbeutung der Abnehmer, solange also die Kontrolle der obersten organisierten Volksmacht souverän über all den verschiedenen Erscheinungsformen der sozialisierten Wirtschaft steht. Unter diesen Umständen ist die Sozialisierung außerordentlich erleichtert, denn in vielen Fällen braucht man nur die Spitze der vorhandenen großkapitalistischen Organisation zu verstaatlichen und für Löhne und Produktenpreise staatliche Regeln aufzustellen, um die Sozialisierung in dem zunächst erforderlichen Maße durchgeführt zu haben. Deshalb ließe sich unserer Meinung nach von der Nationalversammlung, wenn sie erst einmal zusammengetreten ist, die Sozialisierung in verhältnismäßig kurzer Zeit durchführen. Dazu braucht man nur einen klaren und vollständigen Plan und einen entschiedenen Willen der Volksmehrheit. Daß die jetzige Regierung so schwerwiegende Dinge nicht auf eigene Faust regelt, daß sie in diesen Fragen die Nationalversammlung nicht vor vollendete Tatsachen stellt, das ist ihr gutes Recht, ja ihre Pflicht; aus diesem Aufschub aber zu schließen, daß diese Pläne ganz und gar aufgehoben wären, das wäre recht voreilig, und die Kohlenbarone usw. mögen ruhig in ihrer alten Praxis des Höherschraubens der Preise und des Drückens der Löhne fortfahren, einen Erfolg werden sie davon nicht sehen, denn schon in ganz kurzer Zeit wird die Enteignung ihnen über den Hals kommen.

Eins aber ist klar: die Sozialisierung gegen Gewährung einer Entschädigung, die einzige Form von Sozialisierung, die wir empfehlen können, wird große Kosten verursachen. Sie müssen aufgebracht werden, denn es ist eine wichtige Aufgabe aller Sozialisierungspolitik, die Mittel, die sie erfordert, auch wirklich aufzubringen und nicht zunächst auf geduldigem Papier Renten zu versprechen, die nachher nicht gezahlt werden. Auch dazu bedarf es nur klaren Wollens und eines vollständigen Planes.

Wann sozialisieren wir?

„Selig die Friedlichen, die böses Zürnen zügeln," heißt es im 17. Gesang des Dantischen Fegefeuers, wo der Dichter den Friedensengel erscheinen läßt; die Gegenwart ist nicht dazu angetan, an die Wahrheit dieses Wortes zu glauben, denn überall sehen wir, daß die, die ihren Zorn nicht zu zügeln wissen, zunächst die Oberhand behalten. So zeigt sich uns die Entente in ihrer triumphierenden Rachgier, so zeigt sich uns Spartakus, wo ein Handstreich ihm gelingt, so zeigt sich der Pöbel, der Rosa Luxemburg umbrachte. Und wer an die Vernunft der Massen glauben möchte, glauben muß, wenn sein Werk noch einen Sinn haben soll, der könnte schier verzweifeln, der könnte zaghaft werden und das am 9. November so gut begonnene Werk der Umwälzung Deutschlands aus einem kapitalistischen zu einem sozialen Staatswesen unvollendet hinwerfen.

Nachdem wir gesehen haben, daß man ohne Schwierigkeiten sich in weiten Kreisen des Volks darüber einigen kann, was man sozialisiert und wie man sozialisiert, und daß wir Sozialisten sehr wohl wissen, warum wir sozialisieren wollen, müssen wir uns noch mit der Frage beschäftigen, wann wir zu sozialisieren gedenken. Einmal aus einem taktischen Grunde, denn man schafft einen unmöglichen Zustand, wenn man erst den Arbeitern eine ganz neue Zeit verspricht und nachher nichts tut, um sie heraufzuführen. Die Enttäuschung der großen Arbeitermassen, die daraus entspringen müßte, würde fürchterlich sein. Professor Ballod, der schon vor 20 Jahren einen kühnen Plan der Produktion und des Konsums im Sozialstaat entworfen hat, schreibt in der neuen Auflage seines Buches:

„Vor allem könnten auch unsere Mehrheitssozialdemokraten alsbald vor dem Dilemma stehen, vor dem ihre „minimalistischen" (Mindestprogramm-)Genossen in Rußland gestanden haben: die Massen der Arbeiter wünschen etwas über den sozialistischen Staat zu erfahren. Die Mehrheitssozialisten vertrösten sie auf die ferne Zukunft. Von dieser Trostlosigkeit angewidert, könnten sie sich denjenigen Führern zuwenden, die ihnen die alsbaldige, oder gar sofortige Durchführung des Sozialismus versprechen. Möglich, daß

ein derartiger Versuch auch in Deutschland mit einem ungeheuren Zusammenbruch, Hunger, Not und Elend der breiten Massen endet."

Diese Gefahr liegt allerdings sehr nahe. Ihr zu begegnen, gibt es nur ein Mittel und das ist, **mit der Sozialisierung ernsthaft den Anfang zu machen.** Wir begrüßen es deshalb, daß jetzt im Rheinland und Westfalen, in Kohlenbergwerken den Kohlenbaronen ernstlich ans Leder gegangen wird. Der Kohlenbergbau im dortigen Gebiet eignet sich dazu ganz hervorragend, er ist schon bisher fest zusammengeschlossen und stellt eine einheitliche Organisation dar, nahezu alle Kohlenverkäufe gehen durch das Kohlenkontor des Kohlensyndikats. Wenn man dies mit Beschlag belegt, dann hat man fast die ganze Kohlenerzeugung in der Hand und kann die Preise und mit sehr einfachen Mitteln auch die Löhne nach allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten regulieren. Freilich erfaßt man damit die rheinisch-westfälischen Kohlen noch nicht restlos; von der Aufsicht durch das Syndikat ist ein wesentlicher Teil der Kohlenförderung derjenigen großen Werke befreit, die im Besitz der großen Hüttenwerke sind, soweit sie nämlich Kohlen für den eigenen Bedarf dieser Hüttenwerke liefern. Deshalb ist **eine vollkommene Sozialisierung des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues gar nicht denkbar ohne gleichzeitige Verstaatlichung des Stahlwerkverbandes,** bei dem man neben Roheisen und Halbfabrikaten aus Eisen und Stahl auch die Syndikatssteinkohlen erfassen würde.

In anderen Gegenden Deutschlands würde die Durchführung der Verstaatlichung der Kohlenbergwerke technisch freilich nicht ganz so einfach sein, weil nicht überall der Kohlenbergbau so straff in einer Unternehmerorganisation und Verwertungsgenossenschaft zusammengefaßt ist, wie im Ruhrgebiet. Trotzdem wäre es auch da nicht allzu schwer; wenn man sich einmal entschließt mit der Entscheidung der Entschädigungsfrage noch ein Jahr zu warten, und provisorisch etwa die Durchschnittsdividende der letzten 10 Jahre vor dem Kriege weiterzugewähren, ist das übrige im wesentlichen [illegible]arbeit für ein Viertel [illegible] Ingenieure und Kaufleute für 2 oder 3 Wochen; und dazu würde es ja wohl noch reichen. Gerade in diesen Gebieten aber ist die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues besonders dringend. Die Großen des [illegible] Bergbaues haben ja allmählich das anmutige Geschäft aufgenommen, wegen der Beschuldigung, daß sie die Kohlenförderung im Dezember 1918 sabotiert haben und noch sabotieren, um eine größere Rente herauszuschinden, Zeter und Mordio zu schreien. Selten ist eine Beschuldigung so klar erwiesen wie diese.

Sofort ließe sich auch die Kaliindustrie sozialisieren, sofort die Überseeschiffahrt und die große Binnenschiffahrt und schließlich wäre auch die **Sozialisierung des städtischen Grund und Bodens,** sofern die Gemeinden nur dazu die gesetzliche Ermächtigung bekommen, sofort durchführbar. Die Entschädigungsfrage braucht in all diesen Fällen nicht in den ersten drei Wochen geregelt zu werden; das kann man um ein halbes Jahr verschieben; nicht länger zuwarten kann man aber mit der Sozialisierung selbst, damit der Arbeiter greifbare Erfolge

sieht, damit der Anarchie im Wirtschaftsleben, die der Kapitalismus mit sich führt, gesteuert werde und damit die Produktion unserer wichtigsten Ausfuhrgüter, deren wir so dringend bedürfen, so schnell wie möglich auf den technisch höchsten Stand gebracht werde.

Freilich verlangen wir in keiner Weise, daß übereilte Experimente gemacht werden. Es eilt uns deshalb gar nicht mit der Verstaatlichung der Banken. Sehen wir einmal ab von den Bedenken wegen der Geldwirtschaft, so bleibt doch warnend vor unseren Augen bestehen, daß **man in Rußland,** wo man mit der Verstaatlichung der Banken angefangen hat, bei der ganzen Sozialisierungsaktion **in der jammervollsten Weise im Volkselend stecken geblieben ist.** Wir wehren uns auch dagegen, daß eine sogenannte **wilde Sozialisierung** Platz greife, daß jeder noch so kleine Bundesstaat für sich drauflos verstaatliche oder daß gar die Arbeiterschaft einzelner Betriebe nach russischem Muster sich in deren Besitz setzt. **Träger der Sozialisierung muß das Reich** sein oder eins der vier ehemaligen Königreiche. Alle anderen Bundesstaaten sind zu klein dazu; und mit der wilden Sozialisierung einzelner Betriebe nach russischem Muster erreicht man keinen Sozialismus, sondern nur den Kapitalismus einer neuen Menschengruppe, der sich von dem früheren Kapitalismus nur dadurch unterscheidet, daß die neuen Kapitalisten nicht einmal von kapitalistischem Wirtschaften etwas verstehen.

Wir sind weit davon entfernt, zu glauben, daß der „Kriegssozialismus", von dem man so oft gesprochen hat, Sozialismus bedeute, aber wir wissen doch, daß er, wenn auch ganz und gar gegen die Absicht derer, die ihn schufen, ein großes Stück objektiver Sozialisierung darstellt und daß der Friedenssozialismus, den wir wollen, der Sozialismus im Frieden und für den Frieden, sehr wohl an die Erfahrungen der Kriegszeit anknüpfen kann. Die wichtigste unter diesen Erfahrungen ist die, daß **die bürgerlichen Parteien Stück für Stück mit sozialisieren müssen, ob sie nun wollen oder nicht.** Wenn man in der Wahlzeit die bürgerlichen Flugblätter liest und mit gutem Glauben an sie herangeht, dann könnte man freilich die Verfasser solcher Flugblätter manchmal für Träumer nach der Art des Imkers in dem bekannten Gedicht von Theodor Storm halten, von dem es heißt: „Kein Klang der aufgeregten Zeit drang noch in diese Einsamkeit". Aber wir wissen ja, daß es solche Menschen gar nicht gibt, wir wissen, daß das nur agitatorische Mache ist und daß, wo's praktisch zu schaffen gilt, die Bürgerlichen, so sehr sie in die Zähne knirschen, mit uns gehen müssen. Der einzelne, begeisterte Anhänger der bürgerlichen Demokratie mag für sich unter dem Banner der Bekämpfung der Wohnungsnot die Verschlechterung der Bauordnung zum Zwecke der Erhöhung seiner Grundstücksrente fordern, ja er mag sogar an die Gemeinden mit der Verlockung herantreten, sich an diesem gemeindekapitalistischen Geschäft zu beteiligen; indem er das tut, biegt er schon in die Bahn der objektiven Sozialisierung ein, und wenn er seine Stimme abgibt, so gibt er sie doch für einen Kandidaten, der den sozialistischen Forde-

rungen der Bodenreformer die Nachfolge zu verweigern sich nicht getraut. Der Unterschied ist nur der, daß die einen widerwillig tun, von der allmächtigen Entwicklung getrieben, was die anderen in freudigem Schaffen vollenden, voll des heiligen Feuers, das nach Stephan George nötig ist zur Bestrahlung höchster Liebe und zur Verkündigung von Sonne und Sternen.

Es sind nicht einzelne egoistische Arbeitergruppen, die uns nötigen, mit der Sozialisierung sofort ernstlich anzufangen, es ist nicht im Krieg gelockerte Disziplin oder zügellos gewordene Begehrlichkeit, sondern es ist das große Drängen der Zeit zur Erreichung des einzigen Weges, auf dem in der Ferne uns Rettung winkt, und der Sozialismus steht nur vor der Entscheidung, ob er unwillig oder zaghaft sich sträuben will gegen die doch unausweisliche Notwendigkeit dieser Zeit, oder ob er hören will auf den Ruf des Volkes, das in allem Elend seine Hoffnung nicht fahren läßt und dem Sozialismus, der zur Macht aufgestiegen ist, nun auf den Gipfel seiner Macht hinauf Nietzsches Verse zuruft:

O Lebensmittag! zweite Jugendzeit!
O Sommergarten!
Unruhig Glück im Stehn und Spähn und Warten!
Der Freunde harr ich, Tag und Nacht bereit,
Der neuen Freunde! Kommt! 's ist Zeit! 's ist Zeit!

Sonderabdruck aus der „Chemnitzer Volksstimme“.

END OF
TITLE